

Offener Protestbrief der Vertrauensleute der Gewerkschaft **ver.di** der SBK gGmbH an die gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus den vier Wahlkreisen im Gebiet der Stadt Köln



ver.di • Bezirk Köln • Hans-Böckler-Platz 9 50672 Köln

**Fachbereich 3
Gesundheit, soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen**

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft
Bezirk Köln**

1. SPD-Fraktion
Herr **Martin Dörmann**
Frau **Dr. Lale Akgün**
Herr **Dr. Rolf Mützenich**
Herr **Prof. Dr. Karl Lauterbach**
2. CDU/CSU-Fraktion
Frau **Ursula Heinen**
3. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr **Volker Beck**,
Frau **Kerstin Müller**,
Herr **Dr. Reinhard Loske**
4. FDP-Fraktion
Herr **Dr. Werner Hoyer**
5. Fraktion DIE LINKE
Frau **Ulla Lötzer**

Hans-Böckler-Platz 9
50672 Köln

Telefon: 0221 / 48558-130

Telefax: 0221 / 48558-119

Datum	8.12.2006
Ihre Zeichen	
Unsere Zeichen	Wi/Ha
Durchwahl	130/132

Protest gegen den Sozialabbau und die Demontage unseres Sozialstaates

Sehr geehrte/r Abgeordnete/r

Frau / Herr ,

die gewählten Vertrauensleute der Gewerkschaft **ver.di** in den Sozial-Betrieben Köln wenden sich heute mit diesem offenen Protestbrief an Sie als gewählte/n Bundestagsabgeordnete/n, der/die die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln und damit auch unsere Interessen im Deutschen Bundestag vertritt.

Bankverbindung:
SEB Bank Köln
BLZ: 370 101 11
Konto: 1140 218 900

Die Sozial-Betriebe Köln gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung – SBK gGmbH – ist eine Tochtergesellschaft der Stadt Köln und einer der größten kommunalen Arbeitgeber in der Senioren- und Behindertenarbeit in unserem Land. Zusammen mit ca. 1.350 Kolleginnen und Kollegen aus den unterschiedlichsten Berufen und Fachrichtungen kümmern wir uns um die Betreuung, Pflege und

www.verdi.de
e-Mail:
rolf.winterboer@verdi.de

Versorgung von alten, pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wohnformen mit Serviceleistungen der unterschiedlichsten Art werden ergänzt durch stationäre, teilstationäre und ambulante Angebote für pflegebedürftige Menschen. Daneben stehen Wohn-, Betreuungs- und Arbeitsangebote für behinderte oder mehrfach schwerstbehinderte Menschen in unseren Wohnheimen und Werkstätten, sowie Angebote für Menschen mit chronisch psychischen Erkrankungen im Zentrum unserer Arbeit. Sie werden ergänzt durch unsere Bemühungen, Menschen die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch beziehen, wieder beruflich und sozial einzugliedern. Insgesamt werden in den Einrichtungen und Diensten unserer SBK gGmbH mehr als 3.000 Menschen betreut. Wir sind stolz darauf, unseren Beitrag zu dieser wichtigen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu leisten.

Umso betroffener haben wir in den letzten 20 Jahren als Bürgerinnen und Bürger sowie engagierte Mitarbeiter/innen eines großen sozialen Dienstleistungsunternehmens die permanenten Angriffe auf unseren Sozialstaat und damit auf die Interessen der weit überwiegenden Mehrheit der Menschen in unserem Land registrieren müssen. Nachdem wir seit Jahren zunächst darauf vertraut und dann vergeblich darauf gehofft haben, dass die Versprechungen der Politik in einen gesamtgesellschaftlichen Aufschwung für alle Menschen in unserem Land münden, sind wir nunmehr nicht mehr bereit, auf die Wirkungen der angekündigten neo-liberalen Heilslehren zu vertrauen und kündigen mit diesem offenen Protestbrief unseren entschiedenen Widerstand an. Wir wollen mit unserem Protest den vom DGB am 21. Oktober auf dem bundesweiten Aktionstag eingeleiteten Kampf gegen den Abbau unseres Sozialstaates unterstützen und mit unseren Mitteln und hier vor Ort fortsetzen.

Die schrittweise Demontage unseres Sozialstaates und die Angriffe auf das Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes werden immer wieder mit den Folgen der Globalisierung oder Erfordernissen aufgrund der demografischen Entwicklung in unserem Land begründet. Die hierzu erforderliche, nachweislich falsche wissenschaftliche Untermauerung, wird auftragsgemäß von „unabhängigen Sachverständigen“ geliefert, die jedoch alles andere als unabhängig sind, sondern vielmehr in interessengeleiteter Abhängigkeit tätig werden. Für die entsprechende mediale Aufbereitung sorgen dann Heerscharen von Journalisten, die die „Meinungsmache“ bis in den letzten Winkel unserer Republik hinein sicherstellen. Sie werden unterstützt von zahlreichen „Denkfabriken“ wie der Initiative Neue Soziale

Marktwirtschaft (INSM) oder der Bertelsmann-Stiftung, deren Einflussnahme und unheilvolles Wirken weiten Teilen unsere Gesellschaft bisher völlig verschlossen geblieben ist.

Mit den nach solcher Vorbereitung entstehenden sogenannten „Reformen“, wie diese Gesetzeswerke auch verharmlosend oder beschönigend genannt werden, wird jedoch nur eines hervorgerufen: In unserer Republik – einem der reichsten Länder dieser Erde – verschärfen sich die Gegensätze zwischen Arm und Reich. Es findet eine groß angelegte Umverteilung von unten nach oben statt, statt Umbau wird ein Abbau unseres Sozialstaates forciert. Leidtragende sind in erster Linie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner, die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, die Studierenden sowie vor allem auch die alten, kranken und behinderten Menschen, die unserer besonderen Fürsorge und Solidarität bedürfen.

Diese unheilvolle Entwicklung muß endlich gestoppt werden!

Bevor wir auf einzelne „Reformwerke“ noch näher eingehen, möchten wir zunächst einige grundsätzliche Anmerkungen zur Arbeit und zum Stellenwert der Politik in unserer Gesellschaft vortragen, die die Notwendigkeit unserer gewerkschaftlichen Gegenwehr begründen und besonders deutlich machen.

Haben Sie sich als gewählte Abgeordnete des Deutschen Bundestages eigentlich einmal ernsthaft damit auseinandergesetzt, warum diese Politik der Umverteilung von unten nach oben von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land abgelehnt wird? Die Menschen, die von rot-grüner Agenda- und Bastapolitik genug hatten, mussten erleben, dass die Berliner Großkoalitionäre nahtlos hieran anknüpfen. Weit schlimmer noch, die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat reduzieren die Korrekturmöglichkeiten der Opposition auf ein Mindestmaß. In dieser Situation sind die Bürgerinnen und Bürger zusammen mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen in unserem Land aufgerufen, ihren Einfluß geltend zu machen. Als aktive Gewerkschafter/innen machen wir hiervon Gebrauch. Wir werden nicht zulassen, dass weiterhin gegen unseren Willen schwerwiegende Eingriffe in unser soziales Netz vorgenommen werden.

Merken die Regierenden in unserem Land eigentlich nicht, wie weit sie sich schon von den eigentlichen Problemen der Menschen entfernt haben? Indem sie darüber debattieren, ob die Anzeigepflicht von Nebeneinkünften

der Bundestagsabgeordneten verfassungskonform ist, während gleichzeitig Millionen von Arbeitslosen und ihre Familien in diesem Land durch Hartz IV und seine Folgen um ihre Existenz kämpfen müssen. Gleichzeitig zehntausende von Jugendlichen vergeblich auf einen Ausbildungsplatz hoffen und immer mehr Menschen in Billigjobs und prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden. Und auch die Armut im Alter wieder zunehmend zu einem Thema in unserer Gesellschaft wird, weil immer mehr Seniorinnen und Senioren die Leistungen der gesetzlichen Grundsicherung in Anspruch nehmen müssen, weil ihre Einkommen zu einem Leben in Würde nicht ausreichen.

Sind Sie eigentlich der Meinung, dass Suppenküchen und Wärmestuben zur Urbanität unserer Großstädte beitragen? Haben Sie sich damit abgefunden, dass viele Menschen, vor allem auch Familien nur dank der Existenz von Tafeln und Kleiderkammern überleben können? Besteht die solidarische Gesellschaft der Regierenden darin, zu Spendenaktionen aufzurufen, während gleichzeitig den Konzernen Steuergeschenke in Milliardenhöhe gemacht werden?

Wir leben in einem reichen Land. Und der Reichtum wächst immer mehr. Alleine im Jahre 2005 betrug der Zuwachs des Volkseinkommens 26 Milliarden Euro. Wir, die Beschäftigten, die Rentnerinnen und Rentner, die Empfänger von Sozialhilfe, die Kinder, die Alten, Kranken und Behinderten haben davon nichts abbekommen. Im Gegenteil, wir haben noch 6 Milliarden eingebüßt, während die Unternehmen, Reichen und Vermögenden ein Plus von 32 Milliarden Euro verzeichnen konnten.

Oder im kommenden Jahr. Während die Mehrwertsteuer um 3 % erhöht wird, was insbesondere viele Arbeitnehmer, Menschen mit geringem Einkommen, Erwerbslose, kinderreiche Familien und die Rentnerinnen und Rentner besonders hart trifft, werden den Konzernen mindestens fünf Milliarden Euro geschenkt. Gleichzeitig werden viele Arbeitnehmer/innen von der Reduzierung der Entfernungspauschalen hart getroffen. Abfindungen werden jetzt voll steuerpflichtig. Der Sparerfreibetrag wird halbiert und die Eigenheimzulage ist bereits gestrichen worden, gleichzeitig sind für die Rentnerinnen und Rentner weitere Nullrunden angekündigt worden.

Haben sich die Großkoalitionäre eigentlich Gedanken darüber gemacht, welche katastrophalen makroökonomischen Folgen diese erneute Schwächung der Binnennachfrage auf unsere Volkswirtschaft hat, indem sie

ein gerade aufkeimendes volkswirtschaftlichem Wachstum durch völlig unverständliche steuer-, finanz- und wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen wieder ersticken? Meinen Sie eigentlich, wir als Bürgerinnen und Bürger sehen nicht, mit wie viel volkswirtschaftlichen Ungereimtheiten eine der führenden Industrienationen der Welt an der Spitze ihrer Regierung herumwerkelt?

Besonders schwer wiegt: Mit Ihrer Politik bewirken Sie vor allem eins. Sie verspielen das Grundvertrauen der Menschen in die Politik unseres Landes, das über Jahrzehnte einer der Garanten für die Fortentwicklung der Demokratie in unserer Republik war. Sie verspielen das, was Generationen von Menschen mit Fleiß, Disziplin und Solidarität erarbeitet und aufgebaut haben. Haben Sie nicht die zunehmende Politikverdrossenheit wahrgenommen, die bereits weite Teile unserer Bevölkerung erfasst hat und sich zuletzt immer mehr in Abkehr von der Demokratie und Wahlverweigerung niederschlägt? Halten Sie es für ausreichend, dass im Bund und in vielen Ländern Regierungen gebildet werden, die bei Wahlen nur noch die Unterstützung von 20 - 25 % der Wahlberechtigten finden?

Wir haben uns ja inzwischen daran gewöhnt, dass in der Lobby des Reichstages Heerscharen von Vertretern der Wirtschaft und von Interessenverbänden jeder Art herumschwänzeln und versuchen, ihren Einfluß geltend zu machen. Halten Sie es aber für tolerabel, dass inzwischen diverse Lobbyisten an den Schreibtischen der Ministerien Platz genommen haben und sich dort aktiv an Entscheidungen und Vorbereitungen bei Gesetzgebungsverfahren beteiligen? Wir bitten Sie dringend, als gewählte Abgeordnete hier Einfluß zu nehmen, damit solche Entwicklungen gestoppt werden.

Wir wollen es nicht bei einer Generalabrechnung mit der Politik der Großen Koalition und ihren Vorgängerregierungen bewenden lassen, sondern haben uns mit einzelnen Maßnahmen und Projekten nochmals gesondert auseinandersetzt, die für uns gesamtgesellschaftlich von besonderer Bedeutung sind.

1. Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre

Die Bundesregierung will das derzeitige Renteneintrittsalter von 65 Jahren von 2012 an bis zum Jahre 2029 auf 67 Jahre anheben. Diese Maßnahme wird begründet mit sich aus der demografischen

Entwicklung ergebenden Notwendigkeiten und Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität der Rentenkassen.

Diese Maßnahme halten wir für völlig falsch und unangemessen. Zum einen werden im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung völlig falsche und unrichtige Schlussfolgerungen gezogen, denn die wirklichen Ursachen der Liquiditätsprobleme unserer Rentenkassen liegen in der Belastung wegen der Einnahmeausfälle infolge der hohen Arbeitslosigkeit und der Belastungen durch versicherungsfremde Leistungen, für die die Politik verantwortlich ist.

Wenn alle Arbeitslosen und alle in Billig- und Minijobs und unter prekären Arbeitsbedingungen tätigen Menschen einschließlich der Menschen die als grundsätzlich arbeitsfähig der sog. „stillen Reserve“ zugerechnet werden, also insgesamt mehr als 10 Millionen Menschen, unter vernünftigen Arbeits- und Lohnbedingungen arbeiten könnten, wären alle Probleme der Rentenkassen auf Jahrzehnte hinaus gelöst, denn die Kassen würden Überschüsse erzielen und die Beiträge könnten gesenkt werden.

Wohl wissend, dass nur einige wenige Arbeitnehmer/innen das derzeitige Renteneintrittsalter von 65 Jahren in Anspruch nehmen können, weil sie aus gesundheitlichen Gründen gar nicht so lange arbeiten können und nur wenige Unternehmen überhaupt noch Menschen jenseits der Altersgrenze von 55 Jahren beschäftigen, soll das Renteneintrittsalter um zwei Jahre erhöht werden, was einer Rentenkürzung um 7,2 % entspricht, wenn man dann mit 65 Jahren in Rente gehen muß.

Derartige Überlegungen rufen unseren schärfsten Protest und Widerstand hervor. Statt die Rentnerinnen und Rentner weiter zu schröpfen, sollte durch geeignete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und ein Beschäftigungsprogramm endlich für einen Abbau der Arbeitslosigkeit gesorgt werden.

Außerdem brauchen wir auch weiterhin flexible Ausstiegsmöglichkeiten und Vorruhestandsregelungen für die Menschen, die aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen schon vor dem 65. Lebensjahr in Rente gehen wollen. Wir fordern, dass die bisherigen Altersteilzeitregelungen, die im Jahre 2009 auslaufen sollen, fortgeführt werden, zumal die dann vorzeitig freiwerdenden Arbeitsplätze zur Einstellung von jüngeren Arbeitslosen genutzt werden können.

Hingegen wäre es nach jüngsten Berechnungen bei einem allgemeinen Renteneintritt mit 67 Jahren erforderlich, dass 2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze bereitgestellt werden müssen. Auch eine der vielen Ungereimtheiten, die im Zusammenhang mit diesem Gesetzgebungsverfahren zu verzeichnen sind. Wir müssen den Eindruck gewinnen, dass auch diese Maßnahme nur dazu dient, unser solidarisches Rentensystem zu diskreditieren und noch mehr Menschen in die Arme der privaten Versicherungswirtschaft zu treiben. Nicht mit uns!

2. Gesundheitsreform

Es scheint sich bei diesem Vorhaben der Bundesregierung wohl weniger um eine Gesundheitsreform sondern eher um eine Machtdemonstration zu handeln, denn wohl noch niemals in der Geschichte der Bundesrepublik ist ein Gesetzesvorhaben derart einhellig von allen Beteiligten abgelehnt worden. Daß die Großkoalitionäre trotz allem dieses Vorhaben nach dem Motto „Augen zu und durch“ durchpeitschen wollen, zeugt von sehr wenig Kenntnis über die Probleme. Auch wir als Arbeitnehmer lehnen diese „Reform“, die diesen Namen nun wahrlich nicht verdient, rundweg ab. Vor allem der Gesundheitsfonds, der 2008 eingeführt werden soll, muß weg.

Wir brauchen kein neues Bürokratiemonster. Außerdem sind wir in den letzten Jahren mit zahlreichen Zusatzbelastungen schon genug gebeutelt worden und mit diesem Modell drohen uns weitere Belastungen bzw. Leistungskürzungen.

Unter einer „Reform“ hätten wir uns etwas anderes vorgestellt.

Wo bleibt die Positiv-Liste mit wirksamen und trotzdem wirtschaftlichen Medikamenten?

Wo bleibt die solidarische Bürgerversicherung für alle Bevölkerungsgruppen?

Wo bleibt die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen? Wer mehr verdient, soll auch höhere Beiträge entrichten. Da müssen auch Kapitalerträge und ähnliches einbezogen werden.

In der jetzigen Form ist die Gesundheitsreform für uns nicht akzeptabel. Am besten wäre, alles zunächst zurückzuziehen und neu zu überlegen.

Lieber später und besser als Augen zu und durch!

3. Hartz IV – Armut per Gesetz

Mit den Gesetzen Hartz I – IV, der Einführung des Arbeitslosengeldes II und der damit verbundenen Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe durch die rot-grüne Vorgängerregierung haben Armut und Not in einem bisher nicht gekannten Ausmaß Eingang in unsere Gesellschaft gefunden. Anstatt hier gegen zu wirken, setzt die Große Koalition diese Politik in gesteigerter Form fort. Angst und Sorge gehen um in unserem Land, viele Menschen sind ohne ihr eigenes Verschulden zusammen mit ihren Familien in Armut und Elend abgestürzt, viele andere haben Sorge, dass ihnen ähnliches widerfahren wird. Denn Hartz IV hat bei weitem nicht das gebracht, was uns allen unter den Stichworten **fördern und fordern** versprochen wurde. Kein einziger Arbeitsplatz konnte geschaffen werden. Im Gegenteil: die Zahl der Menschen, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld als Angehörige in Anspruch nehmen müssen, ist stetig gewachsen. Nach den jüngsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit haben wir **5.099.017 ALG II-Empfänger und zusätzlich 1.883.483 Empfänger von Sozialgeld**. Vor allem die **Kinderarmut** hat sich dramatisch verschärft.

Dass diese Zahlen so erheblich über den uns bekannten Zahlen aus den monatlichen Arbeitslosenstatistiken liegen, hat vor allem damit zu tun, weil viele Menschen trotz Arbeit so wenig Einkommen haben, dass Sie ergänzende Leistungen des ALG II in Anspruch nehmen müssen. Rund eine Million Menschen sind davon betroffen. Wir brauchen endlich die Einführung von **gesetzlichen Mindestlöhnen**, damit derartige Schieflagen beseitigt werden können.

Und dann gibt es immer noch Politiker in diesem Land, die den steigenden Ausgaben für ALG II durch Kürzungen der Leistungen begegnen wollen.

Anstatt die Arbeitslosen zu bekämpfen sollte die Arbeitslosigkeit bekämpft werden!

Es ist ein Skandal, wie eines der reichsten Länder dieser Erde mit dem Problem Arbeitslosigkeit umgeht, denn Hartz IV, 1-Euro-Jobs und Billig- und Mini-Jobs befördern das Lohndumping in diesem Land. Viele müssen unter Tarif oder unterhalb der ortsüblichen Löhne arbeiten.

Auch dies hat negative Auswirkungen auf uns alle. Vor allem sind auch die Sozialversicherungssysteme in starkem Maße davon betroffen.

Mit dieser Politik muß endlich Schluß gemacht werden. Es ist beschämend, mit welchen Argumenten einige Politiker versuchen, wohlmeinende Vorschläge der anderen Seite, das ALG I für Ältere länger zu zahlen, schlecht zu reden, obwohl sie selbst noch vor einem Jahr ähnliche Vorschläge unterbreitet haben.

Hartz IV muß weg, es sorgt für keine neuen Arbeitsplatz. Dem Problem Arbeitslosigkeit kann nur mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik begegnet werden.

4. Wann kommt ein Zukunftsinvestitionsprogramm?

Die Gewerkschaften fordern seit Jahren ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung, Erziehung und öffentliche Infrastruktur. Damit können nach sorgsamem Berechnungen kurzfristig mindestens eine Million Menschen in Brot und Arbeit gebracht werden. Damit könnten viele Familien aus der Armutsfalle befreit werden, gleichzeitig die Sozialkassen entlastet und die Binnennachfrage in unserem Land gestärkt werden, was uns allen, auch den Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden zugute kommt.

Wer sich in seiner unmittelbaren Umgebung umsieht, weiß, wie viel Nachholbedarf besteht:

**auf den Straßen,
in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindertagsstätten
und Jugendzentren und Senioreneinrichtungen.
Im Umweltschutz, im öffentlichen Abwassernetz, in Bädern
und Sporteinrichtungen und in zahlreichen anderen Feldern.**

Und natürlich könnten endlich die dringend erforderlichen Verbesserungen im Bildungswesen angepackt werden:

sprich **Ganztagsbetreuung in den Schulen und
Kindertagsstätten.**

Die Ergebnisse der PISA-Studien werden zwar allerorts beklagt, aber entscheidende Schritte zur Verbesserung bleiben bisher aus.

Die Gewerkschaften haben seit langem fertige Pläne erarbeitet. Sie liegen auf dem Tisch. Die Politik muß nur darauf zurückgreifen.

5. Investitionen in die Pflege sind Investitionen in unser aller Zukunft

Sie werden sicherlich nicht überrascht sein, wenn wir als Beschäftigte eines Unternehmens, dass zu den größten kommunalen Arbeitgebern

zählt, in dem alte, pflegebedürftige und behinderte Menschen betreut werden, in diesem offenen Brief auch das Thema „Pflege“ aufgreifen, obwohl es (noch) nicht ganz oben auf Ihrer Agenda steht, allerdings uns und vor allem auch den hiervon betroffenen Menschen, die Probleme ganz erheblich „unter den Nägeln brennen“. Gleichwohl: auch Sie werden sich im kommenden Jahr dem Vernehmen nach intensiver mit dem Thema Pflege und Pflegeversicherung auseinandersetzen müssen.

Wir wollen die Problematik an dieser Stelle nicht vertiefen, schließlich liegen seit Jahren Positionspapiere der Sozial- und Pflegeverbände sowie der Gewerkschaft auf dem Tisch. Von uns als den Beschäftigten in der Pflege nur soviel:

Wir hoffen, dass den Interessen der pflegebedürftigen Menschen aber auch den pflegenden Angehörigen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen bei der anstehenden „Reform“ der Pflegeversicherung insofern Rechnung getragen wird, als es sich bei den anstehenden Entscheidungen tatsächlich um Reformen handelt, die diesen Namen verdienen.

Die Ausgestaltung der Pflege ist eine Zukunftsaufgabe unserer Gesellschaft. Darüber sollten wir alle uns im Klaren sein, wenn es um das Thema Pflege geht. Und die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, haben Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen in eine weit in die Zukunft reichende Zeit hinein. Viele von Ihnen und viele von uns werden dann nicht mehr Handelnde sondern Betroffene sein. Das sollten wir bei allen Entscheidungen ständig vor Augen haben.

Denn schließlich kommt es nicht darauf an, wie alt man wird, sondern wie man alt wird.

Wir als Beschäftigte in der Pflege und zugleich aktive Gewerkschafter/innen werden den Prozess der Reform der Pflegeversicherung in aktiver und kritischer Distanz begleiten. Wir müssten in unserem reichen Land doch in der Lage sein, vernünftige akzeptable Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle beteiligten Menschen zu erarbeiten und sicherzustellen. An der Finanzierung darf es nicht scheitern, denn das von uns allen erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt ermöglicht vernünftige solidarische und

zugleich fortschrittliche Lösungen. Es ist wie immer nur eine Frage der gerechten Verteilung.

Die von uns aufgeworfenen Probleme zeigen überdeutlich, dass in unserer Gesellschaft vieles im Argen liegt. Wir erleben als Beschäftigte in einem sozialen Dienstleistungsunternehmen, aber auch als Bürgerinnen und Bürger, als Eltern und Großeltern, aber auch als Kinder und Enkel hautnah die Fehlentwicklungen der letzten mehr als zwanzig Jahre in unserer Gesellschaft mit.

Es ist nun an der Zeit, diese zu beseitigen und durch **zukunftsweisende Entscheidungen, die der Würde aller hier lebenden Menschen, aber auch der Sozialstaatsgarantie unseres Grundgesetzes gerecht werden**, zu ersetzen.

Wir bitten Sie, bei allen Ihren schwerwiegenden Entscheidungen immer im Auge zu behalten, wessen Interessen Sie eigentlich in Berlin vertreten. **Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen** (Artikel 38 Absatz 1 des Grundgesetzes).

In diesem Sinne verbleiben wir die
ver.di Vertrauensleute der SBK gGmbH

im Auftrag

A handwritten signature in black ink on a light grey background. The signature is cursive and appears to read 'Rolf Winterboer'.

Rolf Winterboer
Gewerkschaftssekretär